



**LANDKREIS**  
**ERDING**

## **PROTOKOLL**

---

**öffentlich**

**Büro des Landrats**  
**BL**

Alois-Schieß-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129  
Fax 08122/58-1109  
elfriede.mayer@lra-  
ed.de

Erding, 16.07.2010  
Az.:

### **9. Sitzung des Kreistages am 28.06.2010**

#### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Attenhauser, Peter  
Dr. Bauer, Thomas  
Baumgartner, Gabriele  
Bauschmid, Friedrich  
Becker, Manfred  
Bendl, Roswitha  
Biller, Josef  
Borgo, Rudolf  
Dieckmann, Ulla  
Eichinger, Gertrud  
Els, Georg  
Empl, Korbinian  
Fischer, Siegfried  
Gotz, Maximilian  
Gruber, Michael  
Grundner, Heinz  
Hartl, Anni  
Heilmeier, Georg  
Hofstetter, Franz Josef  
Huber, Martin  
Kellermann, Otto



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Knur, Herbert  
Kruppa, Pamela  
Dr. Kubo, Reinhard  
Kuhn, Günther  
Lackner, Helmut  
Dr. Lehmer, Maximilian  
Meister, Michaela  
Mittermaier, Georg  
Oberhofer, Michael  
Parthier, Nadja  
Patschky, Jürgen  
Peis, Hans  
Rübensaal, Siegfried  
Scharf, Ulrike  
Schmidt, Horst  
Schmidt, Markus  
Schwimmer, Hans  
Seeger, Hannelore  
Slawny, Manfred  
Steinberger, Friedrich  
Sterr, Josef  
Stieglmeier, Helga  
Treffler, Stephan  
Trinkberger, Helmut  
Utz, Peter  
Vogelfänger, Cornelia  
Ways, Rudolf  
Wegmaier, Alexander  
Wiesmaier, Hans  
Dr. Zehetmair, Johann



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**sowie als Vorsitzender:**

Landrat Martin Bayerstorfer

**von der Verwaltung:**

Kohout, Caroline

Gebauer Bernhard (zu TOP 5)

Wirth Harald (zu TOP 5)

Helfer Helmut (zu TOP 7 und 8)

Mayer, Elfriede (Protokoll)

Centner, Christina

**Ferner nehmen teil:**

Architekt Bergmeier und Architekt Eichner vom Architekturbüro Sehlhoff  
(zu TOP 10)

Frau Bolay, Schulleiterin des Sonderpädagogischen Förderzentrums  
Erding (zu TOP 10)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:30 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

## Tagesordnung

### **II. Öffentlicher Teil:**

5. Personalwesen  
Organisationsuntersuchung im Jugendamt; Vorstellung der Ergebnisse  
Vorlage: 2010/0649
6. Hartz IV - SGB II-Optionskommune  
Vorlage: 2010/0713/1
7. Haushaltswesen  
Feststellung und Entlastung für die Jahresrechnung 2008 des Landkreises Erding  
Vorlage: 2010/0646/1
8. Kreisstraßen  
Kreuzungsumbau an der ED 12 in Isen;  
Bekanntgabe einer Eilentscheidung gem. Art. 34 Abs. 3 LKrO  
Vorlage: 2010/0707
9. Kreisorgane  
Antrag der CSU Fraktion auf Besetzung von Ausschüssen des Kreistages Erding mit 2. Stellvertretern  
Vorlage: 2010/0703/1
10. Schulen des Landkreises - Katharina-Fischer-Schule Erding  
Grundsatzbeschluss zum Aufbau eines gebundenen Ganztageszuges  
Vorlage: 2010/0711



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

11. Kreisorgane  
Anträge der ödp-Fraktion bezüglich Änderung der Unternehmenssatzung für das Kommunalunternehmen Kreiskrankenhaus  
Vorlage: 2010/0708/1
12. Kreisorgane  
Antrag der SPD-Fraktion bezüglich der Neustrukturierung des Kommunalunternehmens Kreiskrankenhaus  
Vorlage: 2010/0709/1
13. Kreisorgane  
Bestellung eines Verbandrates für den Zweckverband Kreis- und Stadtparkasse Erding-Dorfen  
Vorlage: 2010/0714/1
14. Bekanntgaben und Anfragen
  - 14.1 Produktbericht 2009  
Vorlage: 2010/0710/1
  - 14.2 Neuer Büroleiter im Büro Landrat Herr Huber
  - 14.3 Gratulation zum bestandenen Abitur
  - 14.4 Schulen des Landkreises - Gymnasium Erding II - Namensgebung
  - 14.5 Sozialwesen - Altenhilfeplan
  - 14.6 Airfolgsregion - Anfrage von KR Schmidt
  - 14.7 Evaluationsbericht - Gymnasium Erding II - Anfrage von KRin Dieckmann



## II. Öffentlicher Teil der Sitzung des Kreistages am 28.06.2010

### 5. Personalwesen Organisationsuntersuchung im Jugendamt Vorstellung der Ergebnisse Vorlage: 2010/0649

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** verweist auf die versandte Vorlage und merkt an, Herr Szlapka habe die Organisationsuntersuchung im Jugendamt durchgeführt und bereits im Kreisausschuss vorgestellt. Er sei heute jedoch verhindert. Er begrüßt Herrn Gebauer, den Leiter der Abt. 2 und Herrn Wirth.

**Herr Gebauer** berichtet, Anfang 2009 sei der Auftrag für eine umfassende Organisationsuntersuchung an das Institut für Sozialplanung und Organisationsentwicklung e.V. (INSO) erteilt worden.

Die Frage war, wie sehen die Prozesse aus, die die Arbeit bestimmen, welche Ergebnisse sollen geliefert werden, welche Leistungen werden angeboten, welche Ressourcen werden aufgewendet, um die Leistung zu erbringen, etc. Weiter sei geprüft worden, was gesetzlicher Auftrag sei und wo die Prioritäten im Landkreis gesetzt worden sind.

Er zeigt anhand einer Grafik die Inanspruchnahme von Jugendhilfe und die Familiensituation. Von 750 Familienkonstellationen (klassische Herkunftsfamilie) nehme eine Person die Leistungen der Jugendhilfe in Anspruch. Bei Alleinerziehenden betrage das Verhältnis 1 : 37 und bei Patchworkfamilien 15 : 1. Das mache deutlich, dass die Landkreise, die wirtschaftlich florieren, viele Zuzüge haben. Das führe zu einer verstärkten Nachfrage in der Jugendhilfe.

Es seien alle Leistungsbereiche geprüft und eine Prozessanalyse vorgenommen worden. Zum Beispiel wie gestaltet sich der Erstkontakt, das Gespräch, Hausbesuche, etc. Im Weiteren seien die Standards überprüft worden (Dokumentation, Anzahl, Teilnehmer).

Im Weiteren sei geprüft worden, wo sich Arbeitsbereiche zusammenführen (Tagespflege und Tageseinrichtung) lassen und es Doppelzuständigkeiten gebe (Pflegekinderdienst und Erziehungshilfe).

Es sei festgestellt worden, dass eine Zusammenarbeit besser sein könnte, wenn das Kreisjugendamt in zwei Bereiche gegliedert würde, in die Erziehungsberatungsstelle als eigenständige Institution und der Fachbereich Jugend und Familie in vier Unterarbeitsbereiche gegliedert würde: Allgemeine Verwaltung; Bildung, Erziehung und Betreuung; Soziale Dienste und Gerichtsdienste; und Jugendarbeit.

**Kreisrätin Dieckmann** fragt, ob der Bereich Tagespflege in den Kindergärten zusammengeführt worden sei.

**Herr Gebauer** antwortet, das sei mit den bestehenden Ressourcen machbar gewesen.



**Kreisrätin Diekmann** fragt, ob der Bericht auch im Jugendhilfeausschuss gegeben werden könne.

**Der Vorsitzende** stimmt dem zu. Der Bericht sei den Kreistagsmitgliedern gegeben worden, um darzustellen, wie die künftige Gliederung des Jugendamtes sei.

**Kreisrätin Seeger** fragt, ob die Präsentation im Protokoll enthalten sei.

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** sagt, die Präsentation könne dem Protokoll beigelegt werden.

**Der Vorsitzende** berichtet noch, dass im Bereich der Jugendhilfe die Ko-Ki-Stelle neu geschaffen worden sei. Auch in der Erziehungsberatung sei eine „Schreibbabyambulanz“ eingerichtet worden. Im letzten Jahr sei das Personal insgesamt aufgestockt worden. Er hofft, dass auch mit den zusätzlichen Maßnahmen noch besser und zielgerichteter geholfen werden könne. Der Teil, den Herr Gebauer vorgestellt habe bedeutet, in der Organisation, im Arbeitsablauf zu verbessern.

**Kreisrat Schmidt** geht davon aus, dass die Umorganisation zu einer besseren Betreuung führe. Es sei von einer großen Kostensteigerung in dem Bereich die Rede gewesen. Er fragt, ob durch die Umorganisation Einsparungen erwartet werden.

**Der Vorsitzende** merkt an, die Verwaltung erhoffe sich, dass die eine oder andere stationäre Unterbringung Jugendlicher nicht sein müsse. Dadurch könnten Kosten gespart werden. Der Nachweis sei aber schwierig zu erbringen.

Insgesamt sei festzustellen, dass sich die Fallzahlen deutlich nach oben entwickeln. Der Kostenerstattungsanteil, den der Landkreis leisten müsse, explodiere nicht im Personalwesen, sondern resultiere aus den hohen Fallzahlen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

## **6. Hartz IV - SGB II-Optionskommune** **Vorlage: 2010/0713/1**

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt abgesetzt werde, weil die Fraktionen darüber erst noch in den Fraktionen beraten möchten.

Damit besteht allgemein Einverständnis.

## **7. Haushaltswesen** **Feststellung und Entlastung für die Jahresrechnung 2008 des** **Landkreises Erding** **Vorlage: 2010/0646/1**

**Der Vorsitzende** verweist auf die versandte Vorlage und bittet Herrn Helfer, die Ergebnisse darzustellen.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Herr Helfer** merkt an, das Abschlussergebnis 2008 sei dem Kreisausschuss am 04.05.2009 bekanntgegeben und einstimmig genehmigt worden. Der Rechnungsprüfungsausschuss habe am 29.10.2009 einstimmig dem Kreistag empfohlen, die Jahresrechnung 2008 festzustellen und die Entlastung zu erteilen.

Die Jahresrechnung schließt in Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt mit 96.56.476,05 € und im Vermögenshaushalt mit 17.279.889,79 € ab.

2008 haben vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt 11.515.633,52 € zugeführt werden können. Geplant sei eine Zuführung von 4.516.000 € gewesen.

Der Rücklagenstand des Landkreises habe Ende 2008 5.218.368,14 € betragen.

Im Bereich der Abfallwirtschaft waren Ende 2008 eine Rücklage Gebührenschwankungen mit 2.245.958,09 €, eine Rücklage Rekultivierung und Nachsorge der Deponie mit 8.904.654,12 €, Rückstellungen für zuschussfinanzierte Investitionen mit 134.083,20 € und eine Rücklage DSD mit 657.590,16 € vorhanden.

Zur Finanzierung der Investitionen sei 2008 planmäßig keine Kreditaufnahme erforderlich gewesen. Es konnte ein zur Verlängerung anstehender Kredit bei der Sparkasse bis auf einen Restbetrag i.H.v. 236.696,48 € getilgt werden. Der Restbetrag habe durch Umschuldung in ein „Inneres Darlehen“ ebenfalls getilgt werden können.

Ende 2008 habe der Schuldenstand des Landkreises somit 30.247.950,08 € betragen.

Der Kreisausschuss habe am 19.04.2010 einstimmig dem Kreistag empfohlen, die Jahresrechnung 2008 mit den genannten Abschlusszahlen festzustellen und die Entlastung zu erteilen.

Dazu ergeben sich keine Wortmeldungen.

**Der Vorsitzende** bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KT/0057-14

Die Jahresrechnung des Landkreises für das Jahr 2008 wird mit den genannten Abschlusszahlen gem. Art. 88 Abs. 3 LKrO festgestellt, ferner wird die Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 52 : 0 Stimmen.**

- 8. Kreisstraßen**  
**Kreuzungsumbau an der ED 12 in Isen;**  
**Bekanntgabe einer Eilentscheidung gem. Art. 34 Abs. 3 LKrO**  
**Vorlage: 2010/0707**

**Der Vorsitzende** verweist auf die versandte Vorlage und bittet Herrn Helfer um Ausführung.



**Herr Helfer** erklärt, die Verwaltung sei informiert worden, dass der Freistaat für allgemeine Baumaßnahmen keine Mittel mehr zur Verfügung habe und die zugesagten Mittel für 2010 i.H.v. ca. 230.000 € nicht zur Verfügung gestellt werden können. Um die Maßnahme Kreuzungsumbau in I-sen nicht zu verzögern werde vorgeschlagen, den Anteil des Freistaates vorzufinanzieren. Die Erstattung der anteiligen Baukosten werde durch den Freistaat Bayern 2011 erfolgen. Es liege bereits schriftlich vor, dass der Landkreis den Betrag im Januar 2011 erhalten werde. Herr Helfer weist darauf hin, dass keine Kosten entstehen, weil die Abrechnung der Maßnahme erst spät 2010 sein werde.

Nachdem sich keine Wortmeldungen ergeben, bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KT/0058-14

Von der Eilentscheidung gem. Art. 34 Abs. 3 LkrO wird zustimmend Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 51 : 0 Stimmen.**

## 9. Kreisorgane

### **Antrag der CSU Fraktion auf Besetzung von Ausschüssen des Kreistages Erding mit 2. Stellvertretern**

**Vorlage: 2010/0703/1**

**Der Vorsitzende** verliest den Vorlagebericht und verweist auf die gewünschten Ausschussbesetzungen für die zweiten Stellvertreter.

Nachdem sich keine Wortmeldungen ergeben, bringt er folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KT/0059-14

Als 2. stellv. Ausschussmitglieder werden bestellt:

### 1. Kreisausschuss

<b>ordentl. Mitglied</b>	<b>2. Stellvertreter</b>
Gotz Max	Biller Josef
Knur Herbert	Becker Manfred
Lackner Helmut	Kruppa Pamela
Scharf Ulrike	Haindl Sebastian
Sterr Josef	Oberhofer Michael

### 2. Ausschuss für Bildung und Kultur

<b>ordentl. Mitglied</b>	<b>2. Stellvertreter</b>
Dr. Bauer Thoma	Hagl Monika
Biller Josef	Bauschmid Fritz
Peis Johann	Scharf Ulrike
Mittermaier Georg	Grundner Heinz
Wegmaier Alexander	Mayr Elisabeth
Oberhofer Michael	Wiesmaier Hans



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

### 3. Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt

ordentl. Mitglied	2. Stellvertreter
Hagl Monika	Dr. Bauer Thomas

### 4. Ausschuss für Bauen und Energie

ordentl. Mitglied	2. Stellvertreter
Hofstetter Franz	Wegmaier Alexander
Wiesmaier Hans	Vogelfänger Cornelia
Schwimmer Johann	Mittermaier Georg
Schlehuber Anton	Mayr Elisabeth
Haindl Sebastian	Sterr Josef
Vogl Willi	Knur Herbert

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 52 : 0 Stimmen.**

### 10. Schulen des Landkreises - Katharina-Fischer-Schule Erding Grundsatzbeschluss zum Aufbau eines gebundenen Ganztageszuges Vorlage: 2010/0711

**Der Vorsitzende** ergänzt zur versandten Vorlage, der Antrag zum Aufbau eines gebundenen Ganztagszuges habe bis spätestens 14.04. beim Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus gestellt werden müssen. Der Antrag sei deshalb am 06.04. unter dem Vorbehalt der späteren Genehmigung durch den Kreistag gestellt worden. Er weist darauf hin, dass für den Aufbau des gebundenen Ganztagszuges in absehbarer Zeit Mittel für einen Erweiterungsbau erforderlich werden. Es wäre falsch, mit der gebundenen Ganztagesbetreuung nur für ein oder zwei Jahre zu beginnen.

Im Ausschuss für Bildung und Kultur sei der Antrag positiv verbeschieden worden, mit der Vorgabe, auf die Schnelle eine Grobplanung mit Kostenschätzung zu erstellen.

Er begrüßt vom Architekturbüro Sehlhoff GmbH die Architekten Bergmeier und Eichner und bittet sie, das Konzept vorzustellen.

**Architekt Eichner** merkt an, das Büro sei beauftragt worden, die Umsetzung der gebundenen Ganztagesbetreuung zu prüfen und ein Konzept mit einer Kostenschätzung zu erstellen.

Das umgesetzte Raumprogramm umfasse ca. 450 m<sup>2</sup> und beinhaltet die Räume für die Ganztagesbetreuung mit Mensa und Küche, Gruppenräume, Computerraum, Musikraum, etc.

Ziel sei es gewesen, eine günstige Lösung zu erarbeiten. Das Sonderpädagogische Förderzentrum besteht aus zwei Gebäuden. Ein Teil der benötigten Flächen könnten im Bestand untergebracht werden. Für die Restflächen wäre ein Neu- bzw. Anbau notwendig. Nach eingehender Untersuchung habe sich die Möglichkeit einer Erweiterung im Süden herauskristallisiert. Eine Anbindung an den Bestand wäre am einfachsten und



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

kostengünstigsten. Der Bereich würde vom Baubetrieb am wenigsten gestört. Es würden zwei oberirdische Geschoße und ein Untergeschoß geplant. Im Weiteren zeigt er die verschiedenen Ansichten und erklärt die vorläufige Planung in den Geschoßen. Im Obergeschoß sollen die Räume für die Ganztagsbetreuung, ein Computerraum, etc. geschaffen werden. Im Erdgeschoß sei die Mensa mit Küche und Ausgabe und im Untergeschoß ein Musikraum, Nebenraum, etc. geplant. Die Herstellungskosten würden ca. 1,27 Mio € betragen.

**Der Vorsitzende** bittet Schulleiterin Bolay darzustellen, warum der Aufbau eines gebundenen Ganztageszuges notwendig sei.

**Schulleiterin Bolay** berichtet, der Aufbau einer gebundenen Ganztageschule sei besonders für Sonderpädagogische Förderzentren ein wichtiges Thema. Seit Jahren gebe es am Sonderpädagogischen Förderzentrum eine offene Ganztageschule. Sie erklärt den Unterschied zwischen offener und gebundener Ganztagesbetreuung. An der offenen Ganztageschule können Schüler von der 5. bis zur 9. Klasse sein. Eine gebundene Ganztageschule sei für eine bestimmte Jahrgangsstufe, eine Klasse. Es sei geplant, im nächsten Schuljahr mit der 6. Jahrgangsstufe zu beginnen. Dies habe sich aufgrund der Elternbefragung und auch innerhalb des Kollegiums als günstig dargestellt. Ihre persönliche Überzeugung sei es, dass eine gebundene Ganztageschule für das Sonderpädagogische Förderzentrum notwendig sei. Die Schule sei improvisieren gewöhnt. Der Um- und Ausbau würde nicht nur die gebundene Ganztageschule betreffen, es sei auch ein größeres Lehrerzimmer dringend notwendig.

Ziel sei, das Angebot von der 1. bis zur 9. Jahrgangsstufe ganztägig darzustellen. Die derzeitigen Richtlinien beinhalten, dass parallel Regelklassen angeboten werden müssen. Es könnten beide Angebote vorgehalten werden.

Die Hochrechnungen bezüglich der Schüler seien heutzutage nicht einfach. Dennoch sei auch die Reg. v. Obb überzeugt, dass es wichtig sei, ein entsprechendes Angebot vorzuhalten.

Sie denkt, mit dem Entwurf des Architekten Eichner sei eine schlichte, praktische und einfache Umsetzung gut gelungen. Wichtig sei, dass durch den Bau der Schulbetrieb nicht zu sehr gestört werde.

Sie weist noch darauf hin, dass die Busschleife am Sonderpädagogischen Förderzentrum völlig überlastet sei.

**Kreisrat Huber** verweist auf die Tischvorlage. Es gebe bezüglich der Kosten Richtwerte pro Kubikmeter umbauten Raums. Er findet den angegebenen Preis sehr hoch.

**Architekt Bergmeier** antwortet, die genauen Kosten haben in der Kürze der Zeit noch nicht genau ermittelt werden können.

**Kreisrat Knur** merkt an, die CSU-Fraktion werde dem vorgelegten Beschlussvorschlag zustimmen. Er möchte ausdrücklich festhalten, dass mit der Zustimmung zum Aufbau der gebundenen Ganztageschule keine Zustimmung zum Bau in der Form verbunden sei. Er geht davon aus, dass die vorgestellte Planung ein Lösungsvorschlag sei, der diskutiert werden



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

könne. Im zuständigen Ausschuss sei es der Wunsch gewesen, zu erfahren, welche Kosten für eine Erweiterungsmaßnahme entstehen würden. Er geht davon aus, dass dem Aufbau eines gebundenen Ganztageszuges zugestimmt werden solle und sich der zuständige Ausschuss mit den weiteren Einzelheiten (Bedarf und konkrete Planung) zu befassen habe.

**Kreisrat Patschky** merkt an, es sei von mittelfristigen Investitionen gesprochen worden. Gerade sei aber die Rede davon gewesen, dass bereits im Herbst mit den Ausschreibung begonnen werden solle.

**Der Vorsitzende** stellt richtig, wenn eine Umsetzung so schnell sein sollte, müsste im Herbst die Ausschreibung erfolgen.

**Kreisrat Patschky** fragt, ob 2012 die Mittel dafür im Haushalt bereitgestellt werden müssen.

**Der Vorsitzende** erklärt, er habe nur darstellen wollen, dass es nicht beim Beschluss zum Aufbau eines gebundenen Ganztageszuges bleibe, sondern eventuell ein Erweiterungsbau notwendig sei.

**Kreisrat Els** merkt an, auch die FW-Fraktion sei der Auffassung, dass eine gebundene Ganztagesesschule am Sonderpädagogischen Förderzentrum notwendig sei. Es könne nur eine Empfehlung an die Verwaltung sein, im Haushaltsjahr 2012 zu prüfen, wie die Maßnahme realisiert werden könne. Es werde zunächst keine Zustimmung zum Bau gegeben.

**Der Vorsitzende** erklärt, natürlich werde sich der Ausschuss für Bauen und Energie damit beschäftigen müssen. 2011 werde eine Verwirklichung noch nicht möglich sein. 2012 sei aber realistisch.

**Kreisrat Slawny** denkt, dass die Förderung von Ganztagesesschulen eine primäre gesellschaftliche Aufgabe sei. Er denkt, es sei wichtig, Schüler mit Lernschwäche zu unterstützen.

**Kreisrätin Dieckmann** fragt, ob es ausreichend sei, wenn der Aufbau eines gebundenen Ganztageszuges mit einer Klasse begonnen werde.

**Der Vorsitzende** antwortet, ob eine verpflichtende Ganztagesbeschulung kommen wird, sei Aufgabe des Gesetzgebers. Der Aufbau könne nur mit einer Klasse begonnen werden.

**Schulleiterin Bolay** ergänzt, ihr sei nicht bekannt, wie sich der Aufbau in zwei Jahren darstellen und wie sich die gesetzliche Grundlage ändern werde.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. **Der Vorsitzende** bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KT/0060-14

Dem Aufbau eines gebundenen Ganztageszuges an der Katharina-Fischer-Schule in Erding wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 51 : 0 Stimmen.**



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

## 11. Kreisorgane

### **Anträge der ödp-Fraktion bezüglich Änderung der Unternehmenssatzung für das Kommunalunternehmen Kreiskrankenhaus Vorlage: 2010/0708/1**

**Der Vorsitzende** verweist auf die versandte Vorlage und den Beschluss im Kreisausschuss. Sicherheitshalber sei das Thema auch im Kreistag zu beraten.

Vorab erklärt er, Kreisrat Trinkberger habe in der Kreisausschusssitzung angefragt, was wesentliche Veränderungen für die Entscheidungshoheit in der Zuständigkeit des Kreistages bezüglich ProMed GmbH seien.

Der Vorsitzende teilt mit: „Bei der Frage einer Veräußerung der ProMed tritt unseres Erachtens eine wesentliche Veränderung ein, da ca. ein Drittel (ca. 180) aller Mitarbeiter bei der eventuell zu verkaufenden Einrichtung ProMed GmbH beschäftigt wären.“ Somit wäre in diesem Fall der Kreistag originär zuständig.

Im Weiteren bittet er Kreisrat Trinkberger, seinen Antrag zu begründen:

**Kreisrat Trinkberger** merkt an, „nach den Ereignissen des letzten fast dreiviertel Jahres und nach vielen Gesprächen gehe es der ödp-Fraktion um eine Verbesserung, um mehr Transparenz und einen besseren Informationsfluss in den Kreistag. Wenn zukünftig vier Fraktionen im Verwaltungsrat vertreten wären, wäre auf alle Fälle eine Fraktion mehr in diesem Gremium. Auch wenn es nach der Berechnung auch ein Vertreter der Fraktion „Die Grünen“ wäre, wäre das für die ödp-Fraktion auch kein Problem. Jede neue bzw. weitere Fraktion könne nur zur Verbesserung der Sachlage beitragen.

Deshalb sei der Antrag am 17.04.2010 gestellt worden, die Anzahl der Mitglieder des Verwaltungsrates zu erhöhen.

Damit würde auch eine Forderung oder Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 01. 03.2010 erfüllt. Es sei einhellig die Meinung vertreten worden, auch vom Vorsitzenden, dass der Ärztliche Direktor und die Pflegedirektorin wesentlich mehr eingebunden werden sollten. Eine weitere Aussage des Vorsitzenden sei gewesen, dass über eine Erhöhung der Anzahl der Mitglieder des Verwaltungsrates diskutiert werden könne.

Die Einbindung der beiden leitenden Angestellten in den Verwaltungsrat würde dem Ganzen eine ganz andere Wertigkeit und Wichtigkeit geben, als es mit einer Beraterfunktion sei. Für die Mitarbeiter des Krankenhauses Erding, für den Ruf und die Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung könnte eine Berufung beider Personen in den Verwaltungsrat nur von Vorteil sein. Natürlich kenne die ödp-Fraktion auch den in der Tischvorlage zitierten Ausschlussgrund nach § 7 Abs. 3 a der Satzung.

Er fragt, welchen Hinderungsgrund es gebe, für den Ärztlichen Direktor und die Pflegedirektorin eine Ausnahmeregelung zu schaffen. § 7 Abs. 1 der Satzung müsste dann lauten:

„Dem Verwaltungsrat gehören weiter der Ärztliche Direktor und die Pflegedirektorin an, Abs. 3 a gilt hier nicht.“



LANDKREIS  
ERDING

Büro des Landrats  
BL

Damit wäre die Angelegenheit erledigt. Kreisrat Trinkberger sagt, nach Angabe des Kommunalen Prüfungsverbandes gebe es keine gesetzliche Regelung über die Anzahl der Mitglieder des Verwaltungsrates. Der Kommunale Prüfungsverband schlage vor, lediglich 9 -11 Verwaltungsratsmitglieder zu benennen. Somit könne der Kreistag ohne rechtliche Probleme die Anzahl der Verwaltungsratsmitglieder festlegen.

Im Weiteren verweist er auf § 8 Abs. 2 Buchstabe i. Es müsste noch eine Ergänzung vorgenommen werden.

Er verliest den Buchstaben i:

Der Verwaltungsrat beschließt über Personal- und Vertragsangelegenheiten, die den Ärztlichen Direktor, die Chefärzte und/oder die Pflegedienstleitung des Kreiskrankenhauses Erding und/oder der Klinik Dorfen betreffen, namentlich deren Einstellung und Entlassung bzw. den Abschluss, die Änderung und Aufhebung entsprechender Verträge;

*Neu müsste ergänzt werden: in diesen Fällen dürfen der Ärztliche Direktor und der/die Pflegedirektor/in an der Sitzung nicht teilnehmen und nicht abstimmen.*

Er wünscht, über den Antrag getrennt abzustimmen.

**Der Vorsitzende** erklärt, er habe sich einer Diskussion offen gezeigt. Er berichtet, im letzten Jahr sei bereits in einer Gesprächsrunde mit den Chefärzten und dem Ärztlichen Direktor über die Zukunftsfähigkeit des Kreiskrankenhauses diskutiert und vereinbart worden, dass Wert darauf gelegt werde, dass der Ärztliche Direktor und der Pflegedirektorin als beratende Mitglieder im Verwaltungsausschuss anwesend seien. Die Satzung sei entsprechend geändert worden. Der Ärztliche Direktor und die Pflegedirektorin werden zu den Sitzungen eingeladen, sie dürfen aber nicht an Abstimmungen teilnehmen. Der Vorsitzende betont, das würde eine Entkommunalisierung bedeuten.

Zum Beispiel werde auch im Ausschuss für Bauen und Energie kein Mitarbeiter des Landratsamtes als Fachmann mit Stimmrecht versehen.

Er denkt, es sei nicht zielführend, den Ärztlichen Direktor und die Pflegedirektorin als Vollmitglieder aufzunehmen. Sie werden als beratende Mitglieder zu den Sitzungen geladen, seien verpflichtet, daran teilzunehmen, haben Rederecht, aber kein Stimmrecht. Kreisrat Trinkberger habe beantragt, dass der Ärztliche Direktor und die Pflegedirektorin Stimmrecht haben sollen.

Weiter sei nicht erkennbar, warum es für die Bevölkerung transparenter werden solle, wenn zusätzlich eine Fraktion mit vertreten wäre. Denn die Nichtöffentlichkeit sei aufgrund der Geschäftsordnung nach wie vor gegeben. Es würde z.B. niemand auf die Idee kommen, über die Strategie oder Ausrichtung der Sparkasse Erding-Dorfen öffentlich zu diskutieren. Dort würde eine öffentliche Diskussion sogar Schadensersatzsprüche auslösen.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Trinkberger** sagt, er habe in der Begründung schon die Transparenz im Kreistag gemeint.

**Der Vorsitzende** verweist auf den Antrag vom 17.04.2010 im letzten Absatz: Er verliest: „Wie wichtig Transparenz gerade im Bereich Krankenhaus gegenüber des Kreistages und den Bürgerinnen und Bürger ist hat sich in den letzten Wochen herausgestellt.“ Er sagt, dann müsste der Antrag abgeändert werden.

**Kreisrat Schmidt** denkt, es sei unbestritten, dass der Ärztliche Direktor und die Pflegedienstleiterin zum Leitungsgremium gehören und beratende Mitglieder sein sollen, denn sie seien Bindeglied auch zu den Ärzten. Die Frage stellt sich, ob 8 oder 12 Mitglieder im Verwaltungsrat sein sollen.

Es gebe die Möglichkeit, 12 Mitglieder zu benennen. Der Kommunale Einfluss sei wichtig. Er denke, es spreche nichts dagegen, 12 Kreisräte zu berufen.

Das Argument, es würden Entscheidungen komplizierter, sei nicht richtig. Es sei gewünscht, dass das Kreiskrankenhaus wieder in ruhiges Fahrwasser komme.

**Kreisrat Knur** denkt, es sei völlig ausgeschlossen, im Verwaltungsrat die Pflegedirektorin und den Ärztlichen Direktor aufzunehmen, ohne gleichzeitig die Position des Vorstandes zu prüfen. Dann würde der Vorstand auch mit in den Verwaltungsrat gehören. Kreisrat Knur erinnert, er sei einer der ersten gewesen, der am Anfang gesagt habe, nachdem bekannt geworden sei, dass es eine Veränderung gebe, dass die Mitwirkenden, die im Tagesgeschäft die Verantwortung tragen, eingebunden werden müssen.

Er denke, ein besserer Informationsfluss in den Kreistag sei durch eine Erhöhung der Zahl der Mitglieder nicht gewährleistet, weil durch die Geheimhaltungspflicht wesentliche Dinge, die im Verwaltungsrat besprochen werden, nicht einmal der Fraktion mitgeteilt werden dürfen. Er teile die Auffassung, dass darüber diskutiert werden sollte, ob nicht externer Sachverstand in den Verwaltungsrat kommen sollte. Es werde sich vielleicht in absehbarer Zeit eine Möglichkeit ergeben. Seit längerem sei die Gründung eines Fördervereins oder Kuratoriums im Gespräch. Es könnten sich dann Experten einbringen, die möglicherweise als Mitglieder im Verwaltungsrat aufgenommen werden. Er denke, dass die 8 Mitglieder zuzüglich des Landrats, die bisher im Verwaltungsrat tätig seien, unabhängig von den Gruppierungen, eine gute Arbeit geleistet haben. Er schlägt vor, die Zahl der kommunalen Mitglieder zu belassen und zu gegebener Zeit darüber nachzudenken, ob externer Sachverstand dazu genommen werden solle.

**Kreisrat Trinkberger** verweist auf § 7 Abs. 4. „Es sei geregelt, dass die Mitglieder des Verwaltungsrats über alle vertraulichen Angaben und Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse des Kommunalunternehmens Verschwiegenheit zu bewahren haben. Diese Pflicht besteht auch nach dem Ausscheiden fort. Die Verschwiegenheit gilt nicht gegenüber den Organen des Landkreises (Kreistag und seinen Ausschüssen), wohl aber gegenüber den Bürgern.“

Er denkt, dass die Fraktionen demnach schon die Möglichkeit haben, Informationen zu bekommen.



**Der Vorsitzende** betont, eine Fraktion sei kein Organ des Landkreises. Sollte es innerhalb des Kreistages zu dem Thema Beratungen geben, sei es selbstverständlich, dass die Beratung aufbauend in den Fraktionen möglich sei. Eine direkte Information von Seiten der Verwaltungsräte zu Kollegen in der Fraktion sei grundsätzlich nicht zulässig.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Trinkberger** nimmt daraufhin seinen Antrag diesbezüglich zurück und bittet, über den zweiten Teil des Antrages hinsichtlich der Erhöhung der Anzahl der Mitglieder abzustimmen.

Daraufhin bringt **der Vorsitzende** folgenden Antrag zur Abstimmung:

KT/0061-14

In den Verwaltungsrat des Kreiskrankenhauses sollen künftig anstatt der derzeit 8 Kreistagsmitglieder und dem Vorsitzenden 12 Mitglieder des Kreistags berufen werden.

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 34: 18 Stimmen.**

Den weitergehenden Antrag habe Kreisrat Trinkberger zurückgezogen.

## 12. Kreisorgane

**Antrag der SPD-Fraktion bezüglich der Neustrukturierung des Kommunalunternehmens Kreiskrankenhaus**

**Vorlage: 2010/0709/1**

**Der Vorsitzende** merkt an, Kreisrat Schmidt habe den Antrag in der Kreis-ausschusssitzung am 21.06.2010 bereits zurückgezogen.

## 13. Kreisorgane

**Bestellung eines Verbandrates für den Zweckverband Kreis- und Stadtparkasse Erding-Dorfen**

**Vorlage: 2010/0714/1**

**Der Vorsitzende** verweist auf die versandte Vorlage und verliest den Beschlussvorschlag.

**Kreisrat Schmidt** weist darauf hin, dass der Antrag von der SPD-Fraktion gestellt worden sei.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, fasst der Kreistag folgenden Beschluss:

KT/0062-14

In Vertretung des Landkreises in der Versammlung des Zweckverbandes Kreis- und Stadtparkasse Erding-Dorfen als Stellvertreter für Herrn Schmidt wird **Gertrud Eichinger** bestellt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 52 : 0 Stimmen.**



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

## **14. Bekanntgaben und Anfragen**

### **14.1 Produktbericht 2009**

**Vorlage: 2010/0710/1**

**Der Vorsitzende** merkt an, der Produktbericht sei im Internet abrufbar.

**Kreisrat Schmidt** weist darauf hin, dass der Produktbericht noch nicht abrufbar sei.

**Frau Kohout** sichert eine Überprüfung der Freigabe zu.

### **14.2 Neuer Büroleiter im Büro Landrat - Herr Huber**

**Der Vorsitzende** informiert aufgrund einer Nachfrage, dass Frau Stangilini als Praktikantin in der Sitzung anwesend gewesen sei.

Herr Huber sei der Nachfolger von Frau Kohout im Büro Landrat.

### **14.3 Gratulation zum bestandenen Abitur**

**Der Vorsitzende** gratuliert Kreisrat Schmidt Markus zum bestandenen Abitur.

### **14.4 Schulen des Landkreises - Gymnasium Erding II - Namensgebung**

**Der Vorsitzende** gibt bekannt, nach dem Willen des Schulforums und des Kreistages sei für das Gymnasium Erding II künftig als Name „Korbinian-Aigner-Gymnasium“ ausgewählt worden. Der Vorschlag werde dem Ministerium mitgeteilt, das dann die Entscheidung treffen werde.

### **14.5 Sozialwesen - Altenhilfeplan**

**Kreisrätin Stieglmeier** fragt, ob die Fortschreibung des Altenhilfeplans nicht abschließend im Kreistag zu behandeln sei.

**Der Vorsitzende** antwortet, die Verwaltung habe bei den Beratungen im Kreisausschuss in der Sitzung am 21.06.2010 den Auftrag erhalten, gemäß Art. 69 AGSG das Benehmen mit den Gemeinden, den örtlichen und regionalen Arbeitsgemeinschaften der Pflegekassen, dem Bezirk Oberbayern und den Trägern der Pflegeeinrichtungen herbeizuführen. Der Altenhilfeplan werde nach Abstimmung der Bedarfsermittlung mit den übrigen Beteiligten zur endgültigen Entscheidung im Kreistag vorgestellt werden.

### **14.6 Airfolgsregion - Anfrage von KR Schmidt**

**Kreisrat Schmidt** merkt an, er habe schon mehrmals bezüglich eines Berichts über die Aktivitäten zur Airfolgsregion nachgefragt.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** antwortet, die neue Geschäftsführerin sei erst seit Mitte Februar im Dienst. In der Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt am 19.07. sei ein Bericht geplant.

In einer Bürgermeister-Dienstbesprechung haben sich die beiden Damen bereits vorgestellt.

#### **14.7 Evaluationsbericht - Gymnasium Erding II - Anfrage von KRin Dieckmann**

**Kreisrätin Dieckmann** erinnert, im Evaluationsbericht vom Gymnasium Erding II seien aufgrund der nicht zu öffnenden Fenster und Türen auf der Südseite Belastungen für die Schüler bezüglich der Hitze festgestellt worden. Sie möchte Näheres dazu wissen.

**Der Vorsitzende** antwortet, die Verwaltung habe den Auftrag bekommen, Messungen durchzuführen. Inzwischen sei auch eine Lüftung während der Nacht über die Dachflächenfenster veranlasst worden. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie sei zu beraten, ob unabhängig von den Schadensersatzforderungen bereits jetzt Reparaturmaßnahmen durchgeführt werden sollten. Die Fluchttüren seien alle ordnungsgemäß in Betrieb. Es können lediglich 10 Türen aufgrund der Sicherheitsmängel bei den Beschlägen nicht geöffnet werden. Der Landkreis befinde sich im Beweissicherungsverfahren. Der Rechtsanwalt habe mitgeteilt, wenn der Landkreis in die Schadensbeseitigung eintrete, können die Forderungen gegenüber der Firma nahezu abgeschrieben werden, weil die Beweissicherung nicht mehr gewährleistet sei.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende die Sitzung des Kreistages um 16.45 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Elfriede Mayer  
Verwaltungsangestellte